MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD

MICHAEL GOTTSCHALK / DAPD

MAURIZIO GAMBARINI / DPA

Potentielle Kandidaten Steinbrück, Steinmeier, Gabriel: *Fahrplan ins Debakel*

SPD

Die Farce

Im Troika-Spektakel schreckt die SPD-Führung inzwischen auch vor einem offenen Täuschungsmanöver nicht zurück. Dabei gibt es drei Verlierer: die Wahrheit, die Partei und den Kanzlerkandidaten.

Theo Waigel ist ein Meister des beißenden Spotts. Der frühere Bundesfinanzminister liebt es, andere auf den Arm zu nehmen. Freunde, Weggefährten, Feinde. Am besten aber ist der CSU-Mann, wenn es gegen den politischen Gegner geht.

So wie am vergangenen Mittwoch, als Waigel in Berlin eine neue Biografie über Peer Steinbrück vorstellte. Der Sozialdemokrat war einer der Nachfolger Waigels im Finanzministerium, nun ist er seit über einem Jahr im Hauptberuf einer von drei Kanzlerkandidaten-Kandidaten der SPD. Neben Parteichef Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion.

Waigel holte kurz Luft, dann feuerte er seine erste Pointe ab: „Ich empfehle der SPD, mit der gesamten Troika gegen Angela Merkel anzutreten – und den Spitzenkandidaten erst nach der Bundestagswahl zu benennen.“ Gelächter. Dann legte Waigel nach. „Wenn die SPD es so macht, wird keiner der Kandidaten beschädigt.“ Noch mehr Gelächter.

Es war wie so häufig in diesen Tagen. Die Kandidatenkür der SPD ist zum Spottobjekt geworden. „Alberne Geheimniskrämerei“ nannte vergangene Woche die „Neue Zürcher Zeitung“ das Versteckspiel der Spitzengenossen und konstatierte, „hier wisse eine Partei nicht, was sie wolle, und werde schließlich einen Verlegenheitskandidaten präsentieren“.

Und das Internetportal der „Süddeutschen Zeitung“ lästerte: „Da sitzen drei Kerle, die es nicht mal zusammen vermögen, der Kanzlerin Paroli zu bieten – geschweige denn, so etwas wie eine Wechselstimmung im Land zu erzeugen.“

Dabei hätte die Lage für die größte Oppositionspartei in der vergangenen Woche kaum besser sein können. In der Regierung wurde die populärste Ministerin gerade in aller Öffentlichkeit von ihrer Kanzlerin zusammengestaucht. Die Koalitionäre stritten sich um Frauenquote, Zuschussrente, Mindestlohn oder den Reichtumsbericht. Und die SPD? Sie beschäftigte sich mit sich selbst.

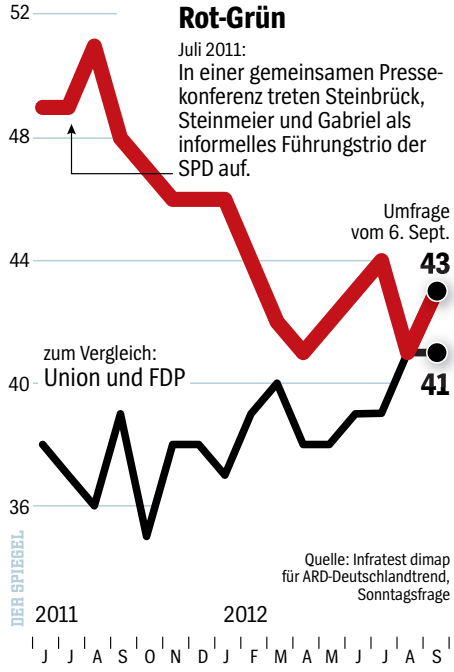
„Bei uns scheint es einen genetischen Defekt zu geben“, jammerte ein resignierter Spitzengenosse am vergangenen Freitag. Kurz zuvor hatte das Monatsmagazin „Cicero“ Steinbrück zum Kanzlerkandidaten ausgerufen. Viele in der Partei verstanden die Vorabmeldung als Aufforderung, sich ebenso umgehend wie hingebungsvoll mit sich selbst zu beschäftigen. Wieder einmal.

Das sorgfältig erarbeitete Drehbuch zur Kandidatenkür wird damit immer mehr zum Fahrplan ins Debakel. Ursprünglich sollte der Wettkampf der Troika die Partei aufregend machen und einen steten Strom interessanter Mediengeschichten über die SPD erzeugen.

Doch inzwischen ist die Inszenierung zur Farce geworden. Die Troika ist kein Symbol für Stärke. Sie steht mittlerweile für drei Männer, die sich anscheinend nicht trauen. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hatte jedenfalls den richtigen Riecher, als sie sich der Einladung widersetzte, dem Trio beizuspringen. Gabriel hatte auch ihr eine mögliche Kandidatur in Aussicht gestellt.

Zu dritt bergab

Stimmenanteile von Rot-Grün in Umfragen zur Bundestagswahl



Um die Fiktion aufrechtzuerhalten, dass der Wettbewerb der drei nach wie vor ungeklärt ist, schreckt die Parteiführung inzwischen auch vor offenen Täuschungsmanövern nicht mehr zurück, bei dem es drei Verlierer gibt: die Wahrheit, die Partei und denjenigen, der am Ende als Kanzlerkandidat antreten wird. Schon vor Wochen hatte Ex-Kanzler Gerhard Schröder deshalb angemahnt: „Wartet nicht zu lange mit der Entscheidung!“

Spätestens seit Anfang des Jahres demonstriert die Parteiführung immer wieder, dass ihr Verhältnis zur Wahrheit nur noch taktischer Natur ist. Als das „Handelsblatt“ im Februar berichtete, die SPD plane einen aggressiven Anti-Banken-Wahlkampf, meldete sich umgehend der schleswig-holsteinische SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig zu Wort und beteuerte, niemand werde gegen die Finanzindustrie einen Wahlkampf führen. Und auch das Willy-Brandt-Haus bemühte sich, die Geschichte runterzuspielen.

Doch fünf Monate später war es der Parteichef selbst, der gegen die Banken keilte. „Eine Minderheit schadet der Mehrheit – und dem ganzen Land“, war Gabriels Brandbrief überschrieben, der seinen Weg in die „Bild“-Zeitung fand. Selbst die Genossen waren überrascht.

Ende Juni berichtete der SPIEGEL (26/2012), die SPD plane in der Rentenpolitik einen Richtungswechsel. Es gehe unter anderem darum, eine Mindestrente einzuführen und die Betriebsrenten zu stärken. Schon am Wochenende dementierte ein Parteisprecher den Bericht in ungewöhnlicher Schärfe: „An der SPIEGEL-Geschichte zu den angeblichen Rentenplänen in der SPD ist nicht alles falsch. Richtig ist beispielsweise, dass Sigmar Gabriel Vorsitzender der SPD ist.“

Vor zwei Wochen dann stellte Gabriel sein vorläufiges Rentenkonzept der Öffentlichkeit vor. Und siehe da – der Parteichef schlug ein milliardenschweres Zusatzpaket vor, inklusive Mindestrente und ausgebauter betrieblicher Vorsorge.

Doch bei keinem Thema wird die Wahrheit so sehr gebogen wie in der Kan-

didatenfrage. Das fängt mit dem Zeitpunkt an. „Wir werden im Januar entscheiden“, sagt Fraktionschef Steinmeier. „Die SPD kürt den Kandidaten in der Regel sechs bis acht Monate vor der Wahl“, sagt Peer Steinbrück, „wer länger im Ring steht, wird schnell wund gerieben.“ Und Parteichef Gabriel versichert gebetsmühlenartig, die Entscheidung werde Ende des Jahres, spätestens aber nach der Niedersachsen-Wahl im Januar getroffen.

Alle drei wissen es besser. Intern hat man sich darauf verständigt, dass Gabriel die Entscheidung wesentlich früher, und zwar spätestens am 24. November, beim SPD-Konvent in Berlin, verkünden wird. Noch zwei Monate lang Debatte? Es spricht einiges dafür, dass die Entscheidung deutlich früher fällt. In jedem Fall will der Parteichef alle inhaltlichen Streitfragen geklärt haben, bevor der Kandidat ausgerufen wird.

Ob beim Afghanistan-Konflikt, dem Arbeitsmarkt, bei Bildung, Gesundheit und Pflege – bei all diesen Themen hat es Gabriel in den vergangenen Monaten geschafft, die Partei auf eine Linie zu bringen. Der schwerste Brocken allerdings ist bislang noch nicht beseitigt. In der Rentenpolitik ist ein offener Flügelstreit ausgebrochen.

Wer den Kandidaten ausruft, bevor dieser Streit beigelegt ist, beschädigt den Mann, der die Partei in den Wahlkampf führen soll. Das ist Gabriels Sorge. Jeder Kandidat werde verlieren, solange die Partei zerstritten ist, glaubt er.

Kaum kursierte am Freitag die Meldung, Steinbrück sei angeblich der Sieger, machten seine Gegner mobil. Aufgeregt berieten die Partei-Linken die vermeintlich neue Lage. „Steinbrück ist gerade dabei, sich selbst zu erledigen“, simste ein führender Anhänger der Linken.

Wer mitten in der Rentendebatte diese Personalie aufrufe, dürfe sich nicht wundern, wenn das als Aufruf verstanden werde, ihm eine Kandidatur durch möglichst linke Beschlüsse unmöglich zu machen, sagt ein anderer Spitzen-Genosse. Das ist der Grund, warum die Parteiführung verzweifelt am Drehbuch festhält.

Und so wird auch die andere Fiktion eisern aufrechterhalten. Zu besichtigen war das zuletzt am vergangenen Montag. Im Willy-Brandt-Haus verkündete Generalsekretärin Andrea Nahles mit fester Stimme: „Es liegen mir keine Erkenntnisse vor, dass sich an der Anzahl der Kandidaten irgendetwas verändert hätte.“ Auch sie wusste es besser.

Gabriel hat sich schon seit längerem aus der Troika verabschiedet. Am selben Tag, als Nahles öffentlich ihre Unwahrheit verkündete, plauderte Gabriel im vertrauten Kreis aus, er stehe für eine Kandidatur nicht mehr zur Verfügung.

Es war nicht das erste Mal, dass er sich so äußerte. Gabriel kennt die Umfragen, und die fallen für ihn, im direkten Vergleich zur Kanzlerin, desaströs aus: 16 zu 60 Prozent. Aber er ist jung genug, um warten zu können. Verliert die SPD im kommenden Jahr, könnte er theoretisch auch noch vier Jahre später antreten.

Bleiben also noch die beiden „Stones“, Steinmeier und Steinbrück. Steinmeier war am vergangenen Freitag in Wiesbadens Fußgängerzone unterwegs, als die Agenturen die Meldung über den möglichen Kanzlerkandidaten Steinbrück verbreiteten. Eigentlich wollte der Fraktionschef den „Bürgerdialog“ in Hessen starten und mit Passanten reden.

Doch es kam anders. Die K-Frage lauerte überall. Nervös eilten Steinmeiers Leute umher, ständig ein Ohr am Telefon, laufend wurde der Chef über die neuesten Meldungen informiert. Als eine Radiojournalistin fragte, ob die K-Frage nun ein Ende gefunden habe, wand sich Steinmeier. „Die Frage ist nicht entschieden“, sagte er. Und eilte zum nächsten Interview.

PHILIPP GUELLAND / DAPD

Protest gegen Niedrigrente: *„Nicht alles falsch“*

Wenn der Fraktionschef wollte, könnte er wohl auch. Aber will er denn? Steinmeier wird von vielen Landesvorsitzenden favorisiert und hätte eine Mehrheit innerhalb der Partei hinter sich (siehe SPIEGEL 32/2012). Aber seine Frau ist gegen eine Kandidatur, und er selbst zaudert – sehr zum Leidwesen seiner Unterstützer. „Jetzt müssen die Leute, die wollen, es auch einmal zeigen“, fordert ihn ein Genosse aus der Parteispitze auf.

Doch Steinmeier hat nicht vergessen, wie ausgerechnet diejenigen ihn nach seiner Wahlniederlage 2009 behandelten, die ihn jetzt zum Favoriten ausrufen. Nur 23 Prozent hatte er damals geholt, das schlechteste SPD-Ergebnis nach dem Krieg. Und die Linke hatte sofort nachgetreten. „Ein Weiter-so wird es nicht geben“, hatte der frühere Juso-Chef Björn Böhning noch am Wahlabend verkündet. Seine Nachfolgerin Franziska Drohsel rief nach einer „radikalen Erneuerung“.

Böhnings Berliner Landesverband verabschiedete am Tag danach eine Resolution, in der Steinmeier zum Rückzug aus seinen Parteiämtern aufgefordert wurde. Die Namen von Steinmeier – und Steinbrück – seien „untrennbar“ mit Schröders Agenda-Politik verbunden.

„Wir brauchen eine Aufstellung mit neuen Kräften“, forderte auch Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit. Steinmeiers kurzzeitiger Versuch, den Parteivorsitz an sich zu reißen, hatte damit keine Chance mehr.

Der Fraktionschef hat den Linken das nie verziehen. Und selbst wenn sie im Moment scheinbar auf seine Seite geschwenkt sind – wie zuverlässig ist ihre Unterstützung?

Bleibt also Steinbrück. Er ist 65, für ihn ist es die letzte Chance. Greift Steinmeier nach der Kandidatur, wäre der zwischenzeitliche Hoffnungsträger Steinbrück wieder das, was er im Moment schon – zumindest formal – ist: ein Hinterbänkler. Doch Steinmeier hat ihm eine Bühne gebaut. Es war der Fraktionschef, der Steinbrück mit einem Konzept zur Regulierung des Finanzmarkts beauftragte.

Für Steinbrück ist das eine große Chance. Steinmeier hatte Steinbrück einen eigenen Mitarbeiter bewilligt, Finanzexperten der Fraktion hatten ihm für sein Finanzkonzept zugearbeitet. So viel Selbstlosigkeit ist unüblich in der Politik. Und sie ist ganz und gar unüblich für einen, der selbst an die Spitze will.

Steinbrück dagegen will. Er hat abgenommen, er trinkt stilles Wasser, er will erkennbar fit sein, falls ihn der Ruf ereilt. Seine Chancen steigen, wäre da nicht seine Ungeduld: Sie kann ihn jederzeit aus dem Rennen werfen. Und selbst wenn er es würde – die Aussichten, Kanzler zu werden, sind schlechter denn je.

Nach einer Forsa-Umfrage aus der vergangenen Woche hat die Kanzlerin ihren Vielleicht-Konkurrenten Steinbrück mit 50 zu 28 Prozent in den Popularitätswerten hinter sich gelassen. Und die Union gibt sich zunehmend siegessicher, denn in aktuellen Umfragen liegt Schwarz-Gelb inzwischen mit vier Prozentpunkten vor Rot-Grün. Ein Ergebnis, das im sozialdemokratischen Drehbuch nicht vorgesehen ist.

Konstantin von Hammerstein, Horand Knaup, Gordon Repinski